

Zeitschrift: Die Berner Woche
Band: 38 (1948)
Heft: 8

Rubrik: Politische Rundschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 22.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

«Dürrehilfe» und «Bundeszucker»

-an- Am vergangenen Sonntag sind in Schaffhausen die Befürworter einer kantonalen Vorlage, die 210 000 Fr. zur Linderung der Dürreschäden vorsah, unterlegen. Und zwar haben die fünf mächtigsten industriellen Gemeinden den Ausschlag gegeben. Die andern dreissig stimmten zu, die ländlichen fast einhellig. Dass aus diesem Entscheid keine gute Stimmung resultieren wird, lässt sich leicht verstehen. Es ist nur gut, dass der Kredit von 150 000 Fr., den der Kantonsrat von sich aus gutgeheissen hat, nicht rückgängig gemacht werden kann. Den Rest wird man wohl auch aufzubringen wissen, ohne dass man den Weg einer «Missachtung des Volkswillens» zu beschreiten braucht.

Natürlich haben in den industriellen Gemeinden Motive mitgewirkt, die man auch auf der Gegenseite verstehen muss: Die Teuerung ist eben auch in Schaffhausen den Löhnen vorausgeeilt und droht weiter den Vorsprung zu bewahren, falls nicht die grosse internationale «Preisstop-Bewegung», wie man sie von den Kursstürzen an den grossen amerikanischen und kanadischen Getreidebörsen erwartet, den so vielen erwarteten Stillstand der Aufwärtsbewegung bringt. Dieses sehnliche Erwarten in Industriellen- und Arbeiterkreisen aber ist es, welches bei der Landwirtschaft jenes Misstrauen schürt, das schon immer bestanden hat: Dass man die Gesetzgebung zum Schutze der Landwirtschaft erst dann Wirklichkeit werden lassen wolle, wenn der grosse Sturz der Agrarproduktenpreise auch unsere Bauern müde gemacht habe. Mit andern Worten: dass bei uns die landwirtschaftlichen Produkte auf ein Niveau fallen sollen, das der Industrie passe, und dass man hernach dieses Niveau stabilisieren wolle.

Am letzten Samstag ist nun auch im Kanton Bern etwas passiert, das die Landwirtschaft nur mit gemischten Gefühlen vernehmen wird. Der Zentralvorstand der bernischen Freisinnigen hat mit einer Zweidrittelmehrheit (60 gegen 28) beschlossen, «bei gelichteten Reihen» freilich, der bundesrätlichen Zuckervorlage nicht zuzustimmen. Und zwar, weil darin «planwirtschaftliche Elemente» vorhanden seien. Nicht bestritten wird die Notwendigkeit, neben der Zuckerfabrik Aarberg eine zweite in der Ostschweiz zu bauen. Nicht bestritten wird ebenfalls die Notwendigkeit, unsere Zuckerherstellung zu fördern, das Land von der ausländischen Zufuhr dieses Artikels unabhängiger zu machen, d. h. wenigstens 30 Prozent unseres Bedarfes durch eigene Produktion sicherzustellen. Ueberhaupt ist nicht bestritten, dass «etwas getan» werden müsse. Aber eben: nichts «Planwirtschaftliches». Man versteht darunter die vorgesehene Anbaupflicht für die Bauern, die momentan über Personalmangel klagen, für den Zuckerrübenanbau aber sicher mehr Leute brauchen werden. «Planwirtschaftlich» ist aber schliesslich auch der vorgesehene 4-Rappen-Zuschlag auf das Kilo Zucker für die Dauer von 11 Jahren. Nationalrat Studer-Burgdorf, der das bejahende Referat hielt, fragt alle Gegner, die der

Landwirtschaft helfen wollen, (was er betont), wie sie helfen wollen? Was auch wir fragen.

Dokumenten- und Redekrieg

Die andauernde Publikation von angeblichen Aktenfunden, welche sowohl die Amerikaner als auch die Russen im besetzten Berlin gemacht haben wollen, dauert an. Diesmal haben die Russen zu einem sehr eindrücklichen Schlage ausgeholt: Sie legen dar, warum sie im August 1939 überhaupt dazu gekommen seien, den von Hitler vorgeschlagenen Nichtangriffspakt zu unterzeichnen, und sie betonen dabei, diese Unterzeichnung habe absolut nicht im Plane der Aussenpolitik Moskaus gelegen. Wenn man sich an jene Zeit zurückzuerinnern versucht — man tut es bei Gott nicht gern — so tauchen die Nachrichten wieder auf, die damals in verwirrender Fülle die Unruhe steigerten und die Gemüter verwirrten. Bald hiess es, der englisch-französisch-russische Pakt sei so gut wie perfekt. Dann wieder, es hätten sich unerwartete Schwierigkeiten ergeben. Die Russen stellten neue Bedingungen. Die Optimisten, die hofften, der Abschluss eines solchen Vertrages würde Hitler und seine Generalität vollkommen isolieren und von einer Angriffsaktion gegen Polen zurückschrecken, stiegen die ganze Leiter der Qualen und Hoffnungen auf und nieder. Bald jubelte man über den Sieg der Idee jenes von Litwinow propagierten «unteilbaren Friedens», bald sackte man zusammen und sah die kommende Katastrophe als sicher an.

Die Hauptanklage, welche heute die Russen erheben, lässt sich in wenige Worte zusammenfassen: Bei den «Kriegshetzern» des Westens war man entschlossen, Deutschlands Aggressionstendenzen auf jeden Fall gegen Russland zu dirigieren. München hatte das

bewiesen. Der weitaus kräftigere Beweis aber erfolgte während der fast viermonatigen Verhandlungen in Moskau. Oder sollte etwa dies kein Beweis sein: England bot als Einsatz gegen einen hitlerischen Angriffskrieg ganze 5 Divisionen an, eine mechanisierte Division sollte dabei sein. Russland aber hätte 136 Divisionen gestellt, dazu 5000 mittlere und schwere Geschütze und 1000 Tanks und leichte Panzerwagen. Praktisch hätte also England nichts tun wollen. Seine 5 Divisionen hätten gerade so viel deutsche gebunden. Angesichts dieser Situation musste sich Russland sagen, dass man ihm zumute, seine eigene Isolierung zu unterschreiben, sich dem Angriffe Hitlers durch den Abschluss eines solchen Paktes geradezu preiszugeben und den Füchsen in London die Karte in die Hände zu spielen, auf welche sie setzen. Und deshalb, und aus keinem andern Grunde habe man mit Ribbentrop abgeschlossen.

Wie alle Proklamationen und Communiqués, die nur einfach der Propaganda dienen, verschweigt dieser zügige russische Nachrichtenschreck sehr wesentliche Umstände jener langen und schliesslich erfolglosen Verhandlungen zwischen Moskau und den Westmächten. Wir müssten auch hören, von wie vielen einsatzbereiten französischen Divisionen die Rede gewesen, von den polnischen, rumänischen und jugoslawischen, die ebenso ins Gewicht fielen, abgesehen. Wir müssten ferner vor allem hören, welche Rolle die russische Forderung spielte, London und Paris müssten die Annektion der baltischen Staaten, zu der Hitlers Politik schon vorher seine Zustimmung gegeben, anerkennen. An dieser Forderung, das steht heute fest, sind jene Verhandlungen zur Hauptsache gescheitert. Dass die Russen daraus eine Frage machten, an deren Beant-

Bevölkerungsaustausch auch im Osten. Seit vier Generationen lebten rund 50 000 Slowaken in Rumänien als fleissige Kleinbauern. Nun wurden sie aufgefordert, heimzukehren. 40 000 beschlossen, dem Aufruf Folge zu leisten, und in die Tschechoslowakei zu gehen, obwohl ihnen dieses Land heute fremd ist. Am Sammelpunkte der Heimwanderer, Cradea Mare (dem früheren Grosswardein) wickelt sich nun ein buntes Leben und Treiben ab. (ATP.)



wortung durch den Westen sie alles setzten, ist verständlich. Sie wollten daran erkennen, ob sie auf eine Linie mit Hitler gestellt wurden, dessen Griff auf Prag man im Westen nicht mehr anerkannte. Ein englisches Ja zur Zerstörung der von der ganzen Welt garantierten Unabhängigkeit Estlands, Lettlands und Litauens wäre die unmissverständliche Versicherung gewesen, dass man sich auf die russische Seite geschlagen. Ein Nein bedeutete, dass man die russische Aggression so wenig wie die deutsche guthiessen wollte.

Nun, der westliche Kommunismus, der natürlich wieder eifrig repetieren wird, was Moskau über jenen Krisensommer verbreitet, wird nicht Notiz nehmen von den verschwiegene kardinalen Tatsachen. Wenn sich nur in den Völkern das Bild festsetzt, das Moskau ihnen einzuprägen wünscht, wenn sie glauben, Moskau habe mit Hitler nur paktiert, um die infamen Pläne eines Chamberlain und anderer «Kriegshetzer» im Westen zu parieren, dann ist wieder etwas gewonnen. Und man kann es im weiterdauernden Kampfe um die Seele Europas ausmünzen. Hoffentlich sagen die westlichen Staatsmänner das Nötige, um einer geschichtsfälschenden These dieser Art die Spitze abzuberechen.

Churchill und Attlee

haben ums Wochenende fast zu gleicher Zeit Reden an das englische Volk gerichtet, die man als wichtige Beiträge zu diesem andauernden Noten- und Rededuell ansprechen kann. Churchill stellte vor der britischen Öffentlichkeit fest, dass England die grundsätzlichen Spaltungen nicht kenne, welche die meisten andern Staaten schwächen. Der Grössteil der Nation sei für die freie Demokratie, für die parlamentarischen Einrichtungen und für die Monarchie, unter welcher der Staat in Jahrhunderten gross geworden. Das Wiederaufbauwerk der Nation werde durch diese Einigkeit gefördert. Er stellt ferner fest, dass Regierung und Opposition einig seien im Kampfe gegen die kommunistische Verschwörung und die verhassten Lehren des

Kommunismus, welche in manchen Teilen Europas zum Verhängnis geworden seien. Einig sei auch bis auf die kleine kommunistische Partei das ganze Volk, was die britische Aussenpolitik betreffe.

Nach diesen Feststellungen aber geht er zum Angriff gegen die Labourparty über und kritisiert vor allem ihren Beschluss, an der im Haag angesetzten Mai-Konferenz für ein Vereinigtes Europa nicht teilzunehmen. Die Völker, nicht die sozialistischen Parteien könnten ein Europa schaffen, wie er es damals in Zürich erstmals gefordert habe. Aber eben, die Labourparty! Und dann folgt der immer wiederholte Vorwurf, dass diese Partei im Grunde den Wiederaufbau sabotiere, indem sie an Stelle des freien Unternehmertums die staatliche Kontrolle gesetzt habe. Mit andern Worten: er wirft der heute regierenden Partei eben doch vor, im Kampfe gegen den Kommunismus auf halbem Wege stehen zu bleiben und den «Fluch des Systems», das den ganzen Osten beherrscht, doch nicht erkannt zu haben.

Wenn Attlee in seiner Rede den gleichen Ton anschlägt wie Churchill, solange es um den Kommunismus geht, dann entkräftet die Churchillsche Schlussfolgerung alles, was der Labour-Premier sagt. Im Grunde dreht sich der Streit der beiden überzeugten Demokraten darum, wie die Demokratie zu retten und zu sichern sei. Churchill sieht Gefahr für die Freiheit in jedem staatlichen Eingriff, welcher sich weder mit der kriegsbedingten Notwendigkeit, noch mit den Erfordernissen der noch nicht überwundenen Krise begründen lässt. Wogegen Attlee die Freiheit mehr bedroht glaubt, falls man wiederum dem expansionsbedürftigen Unternehmertum die Zügel freigibt. Man möchte es erleben, dass sich die beiden einmal kontradiktorisch vor aller Welt nur über das eine Thema unterhalten würden: Wie sichert man die Freiheit! Welche Gefahren drohen der Demokratie — und von welcher Seite.

Mit den «Vereinigten Staaten von Europa» pressiert es Churchill, und er sagt im Grunde

dasselbe wie der italienische Aussenminister Sforza, der über die Marshall-Hilfe sagte: Die Gefahr besteht in zu langen Warten!

Macht Amerika vorwärts?

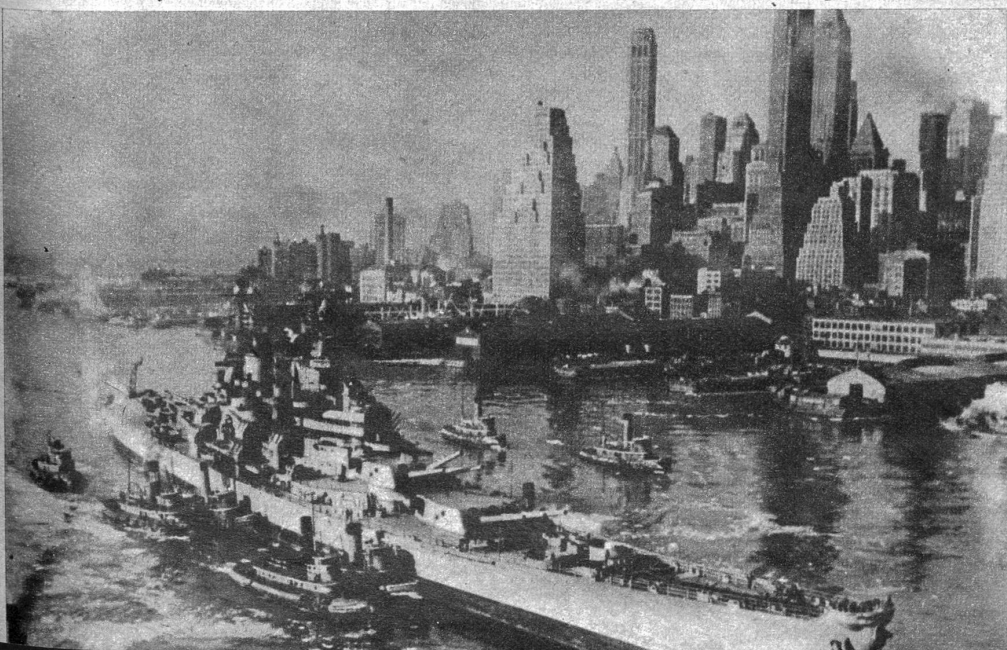
Vorderhand hat die amerikanische Senatskommission für Auswärtiges den ersten Beitrag des Marshall-Planes, der in 15 Monaten 6800 Millionen vorsah, auf 5300 Millionen, aber für 12 Monate, beschnitten. Es handelt sich nur um einen Vorschlag zuhanden des Senats; man wird feststellen müssen, dass «Kürzung Trumpf» sei, wenn auch nicht in erheblichem Masse; auf 12 Monate bezogen, werden 1500 Millionen gestrichen, statt 1360, die man bei gleichbleibenden Ansätzen streichen dürfte. Die Begründung für diesen Vorschlag lautet: Der neu zu wählende Kongress soll die Lage neu prüfen. Nimmt der Senat die Formel seiner Kommission an, und geht es nachher rascher als bisher, dann dürfte endlich doch bis zum Frühling geschehen, was sich so lange hinausgezogen.

Das «zu lange Warten», welches so sehr im Sinne der Moskauer Politik liegt, wird leider nicht nur in den USA. weiterhin praktiziert werden. Man kann ja alles mit den Regeln der Demokratie entschuldigen und immer wieder darauf hinweisen, die gesetzlichen Wege müssten respektiert werden. Deswegen besteht eben doch die Gefahr, dass unwiederbringliche Zeit verloren geht, dass Wichtiges ungetan bleibt...

Im Falle Deutschland, so scheint es, wollen die Westmächte endlich die Wartefristen verkürzen. Auf den 19. Februar ist in London eine amerikanisch-britisch-französische Sonderversammlung einberufen worden, um über all das zu beraten, was man unter den «Vier Grossen» einfach bisher nicht bereinigen konnte. Moskau protestiert in einer besonderen Note gegen diese Konferenz, nennt sie «im Widerspruch mit den Beschlüssen von Potsdam» und kündigt an, dass es alles, was hier beschlossen werden könnte, nicht anerkenne. Alle drei westlichen Regierungen haben ähnlich lautende Erklärungen erhalten.

Man ist neugierig, was die drei Mächte unter sich vereinbaren werden. Das Wichtigste würde der Anschluss der französischen an die Bi-Zone der Angelsachsen sein. Ebenso wichtig scheint die in Angriff zu nehmende Beratung über die Ruhr. Der russische Vorbehalt bezieht sich ja vor allem auf dieses «Rüstungszentrum des aggressionslustigen Deutschland», das nach den Verdachtthesen des Kreml wieder mobil gemacht werden solle — zu Bedrohung Polens, Russlands und schliesslich der ganzen Welt. In diesem Zusammenhange wird auch begreiflich, warum die Russen in ihrem «Dokumentenkrieg» so grosses Gewicht auf die amerikanisch-westlichen Kapitalinvestitionen im vorhitlerischen Deutschland legen, warum sie so sehr betonen, ohne die amerikanischen Milliardenbeteiligungen in der deutschen Rüstungsindustrie hätte Hitler überhaupt nicht das Instrument vorgefunden, mit dessen Hilfe er nachher seine totale Aufrüstung betrieb. Es geht auch heute um die angelsächsischen Kapitalinvestitionen in der deutschen Industrie. Der in die Vergangenheit zurückweisende russische Vorwurf ist im Grunde auf die Gegenwart zu beziehen. Alles, was man im Westen vorkehrt, um Deutschland wirtschaftlich wieder auf die Beine zu stellen, wird im Lichte der Re-Industrialisierung und Re-Militarisierung gewertet.

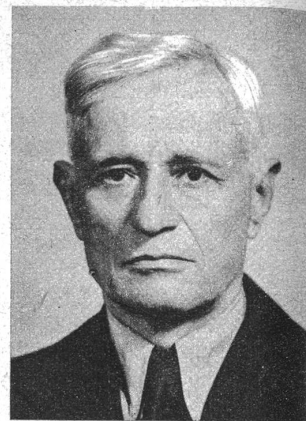
Die Vereinigten Staaten erhalten ihre Flotte kampfstark. Im Verlaufe dieses Krieges haben die Vereinigten Staaten Grossbritannien als grösste Flottenmacht der Erde abgelöst. Es scheint, dass die Amerikaner gewillt sind, die sich daraus ergebenden Verpflichtungen zu erfüllen, denn nach einer pazifistischen Demobilisations-Periode hat sich nunmehr die Parole «Die USA-Flotte muss kampfstark erhalten werden» durchgesetzt. — Unser Bild zeigt das 52 000-Tonnen-Schlachtschiff «New Jersey» auf seiner Fahrt nach der Marinestation von Brooklyn. (Photopress.)





Ihr erster Geburtstag

Am 18. Februar ist es ein Jahr, dass Thronfolgerin Juliana ihrem vierten Kind das Leben schenkte. Die kleine *Prinzessin Marijke* konnte infolge einer Augenkrankheit mehrere Monate lang nicht mit Kunstlicht photographiert werden. Hier sieht man die offizielle Geburtstagsaufnahme der Kleinen mit Prinzessin Juliana und der zweitjüngsten Prinzessin Beatrix. (Photopress.)

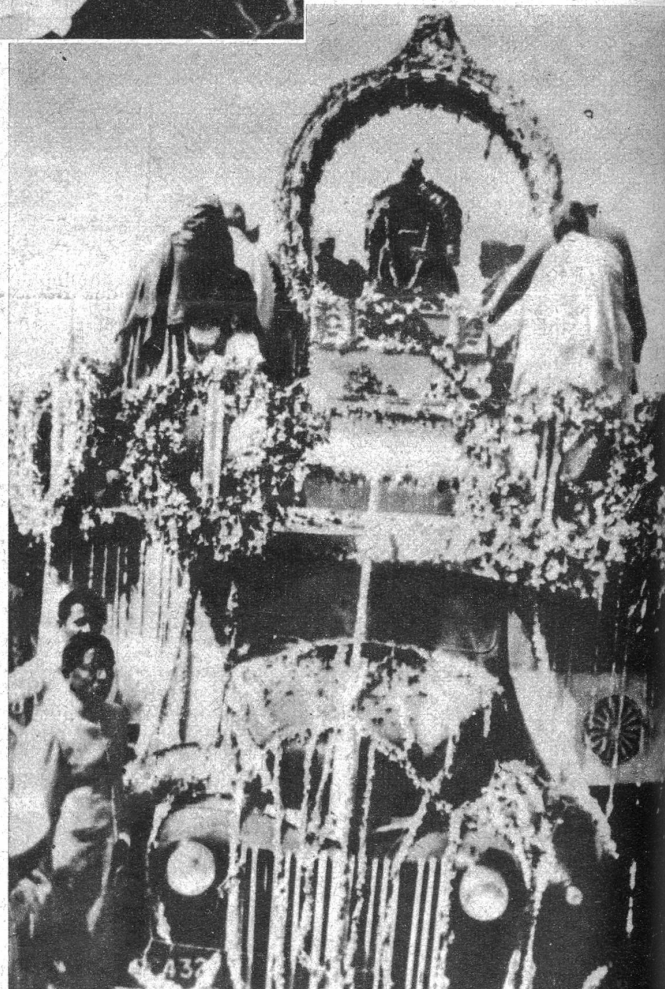


In Bern starb im Alter von 67 Jahren *Prof. Dr. Carlo Sganzi*, der bis zu seiner Pensionierung vor zwei Jahren als Ordinarius für Pädagogik an der Universität Bern gewirkt hatte. (Photopress.)



FC. Basel—Austria Wien 3:7. Das berühmte Fussballteam Wien begann in der RheinStadt seine Schweizer Tournee und schlug Basel mit 3:7 Toren. Nachdem die Einheimischen anfänglich 3:1 in Führung lagen, drehten die Wiener mächtig auf und erzielten in Verbindung mit einer glänzenden Fussballdemonstration sechs Tore. — Unser Bild zeigt einen Angriff der Gäste, der jedoch vom Basler Hüter zunichte gemacht wurde. (Photopress.)

Unten: Ein meisterlicher Spreizsprung der Weltmeisterin. Die entzückende kleine Kanadierin aus Ottawa, *Barbara Ann Scott*, verteidigte, nachdem sie das Damen-Kunsteislaufen in St. Moritz gewonnen hatte, nun auch ihren Weltmeistertitel in Davos erfolgreich. Mit einer akrobatischen, aber sehr weich und musikalisch gelaufenen Kür erfreute sie die Zuschauer und wurde neuerdings Weltmeisterin in überlegenem Stil. (ATP.)



Gandhis Asche den heiligen Wassern übergeben

Auf einem mit Blumen, Kränzen und Girlanden über und über bedecktem Lastwagen wurde in langsamer Fahrt die Asche des Mahatma Gandhi nach Allahabad am Zusammenfluss der beiden heiligen Ströme Indiens, des Ganges und des Dschumna übergeführt. Dort wurden die sterblichen Ueberreste des grossen Inders in feierlicher Zeremonie den Wassern übergeben, so dass nichts mehr zurückbleibt von Gandhi, als die Erinnerung an sein Leben und sein Werk. (ATP)